1. **Der DGB kommentiert die Gesetzentwürfe von CDU/CSU und SPD**
   Der DGB weist auf die Konsequenzen der geplanten Änderungen des Einkommenssteuergesetzes hin, vor allem auf die erhebliche Verschlechterung der sozialen Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Falle einer Kündigung oder der einvernehmlichen Beendigung von Arbeitsverhältnissen.
   Quelle: DGB
   Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund [PDF – 68KB]
2. **Das große Einmaleins der Ungerechtigkeit**
   Die frühe Aufteilung der Klassen in unterschiedliche Leistungsgruppen bereits nach dem vierten Schuljahr ist ein Hauptgrund dafür, dass der Schulerfolg von Kindern in Deutschland besonders stark von Geldbeutel und Bildungsniveau der Eltern abhängt. "Jedes Jahr, um das die Selektion von Schülern in verschiedene Schulformen aufgeschoben wird, verringert die Stärke des familiären Einflusses auf die Leistungen", fassen die Forscher ihre Resultate im neusten "Ifo Schnelldienst" zusammen.
   Quelle: Handelsblatt
   Die im Artikel zitierte Studie können Sie hier herunterladen:
   Quelle: Wößmann [PDF – 248 KB]
3. **Wissenschaftler bangen um Einfluss**
   Als erstes Bundesland verkauft Hessen eine Universitäts-Klinik an einen privaten Krankenhausbetreiber – und gibt damit möglicherweise den Startschuss für weitere Privatisierungen im Gesundheitswesen. Der Marburger Dekan Bernhard Maisch sieht die Privatisierung als „potenzielle Bedrohung für die verfassungsrechtlich zu gewährleistende Freiheit von Forschung und Lehre".
   Quelle: Handelsblatt
4. **Weisheit im Dienst der Wirtschaft**
   Die Mainzer Professorin Beatrice Weder di Mauro soll Aufsichtsrätin beim Pharma-Konzern Roche werden. Dafür dürfte sie 200.000 Euro pro Jahr erhalten. Dabei soll die Sachverständige die Bundesregierung unabhängig in Konjunkturfragen beraten
   Quelle: taz

   Kommentar: Die Meldung ist insofern nicht ganz korrekt, als es bei Schweizer Aktiengesellschaften kein Nebeneinander von Vorstand und Aufsichtsrat, sondern lediglich einen Verwaltungsrat gibt, der auch operative Aufgaben wahrnimmt. Das Verhalten der Professorin verdient natürlich dennoch besondere Aufmerksamkeit.

5. **Die neoliberale Falle**
   Mit der Empörung über Massenentlassungen eilen Linke und nicht so Linke in eine

neoliberale Falle. Die Empörten haben vergessen, dass für das Volkswohl nicht die Bosse zuständig sind – sondern die Parlamentarier. Der moralische Appell an Firmenchefs ist eine Entpolitisierung, die hochpolitisch ist.
Quelle: taz

6. **Studie: Deutschland hinkt bei beruflicher Emanzipation hinterher**
   Bei der Chancengleichheit im Beruf ist Deutschland ein europäisches Schlusslicht. Die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen ist nur in Estland und der Slowakei noch stärker ausgeprägt als in Deutschland.
   Quelle: FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND
7. **Wilhelm Heitmeyer: Die verstörte Gesellschaft In weiten Teilen der Bevölkerung wächst die Orientierungslosigkeit – und mit ihr der Druck auf Minderheiten.**
   Quelle: ZEIT

   Kommentar: Heitmeyers Untersuchung der sozialen Desintegration ist wichtig und interessant. Entschieden zu widersprechen ist ihm jedoch, sobald er „die drei Problemquellen“ zu benennen versucht:
   „1. Kontrollverluste nationalstaatlicher Politik im Zuge der Globalisierung.“
   Tatsächlich schöpft vor allem die deutsche Regierung ihre Möglichkeiten bei weitem nicht aus.
   „2. Ungerichtete gesellschaftliche Prozesse, die das Gefühl der Orientierungslosigkeit hervorbringen.“
   Die gesellschaftlichen Veränderungen sind alles andere als ungerichtet; die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben verläuft planmäßig und systematisch. Und die vom sozialen Raubzug Betroffenen dürften weniger orientierungs- als hilflos sein.
   „3. Die Unbeeinflussbarkeit von ökonomischen Entwicklungen.“
   Das ist eine Schimäre.

8. **“Kultureller Pluralismus fällt uns schwer”**
   Der Migrationsexperte Dieter Oberndörfer beklagt die in Deutschland immer noch vorherrschende Gastarbeiter-Philosophie. Die Aussage des sogenannten “Weltökonomen” Helmut Schmidt, die Anwerbung von Gastarbeitern sei ein großer Fehler gewesen, bezeichnet er als „ökonomischen Unsinn. Die deutsche Wirtschaft hat seinerzeit die Gastarbeiter gebraucht. Aber Schmidt hat ja auch die Deutsche Nationalstiftung gegründet. Um Fremdes abzuwehren, wird in ihr darüber nachgedacht, was deutsch ist.“
   Quelle: taz

9. **Heiner Flassbeck: Deutsche Lohnpolitik gefährdet Währungsunion**
   Prof. Heiner Flassbeck mahnt Deutschland, weil es die lohnpolitischen Spielregeln verletze und so unter dem Regime des gemeinsamen Euro die anderen Länder zu einem Lohndumping zwinge, das auch noch europaweit die Binnennachfrage nach unten drücke.
   Quelle: Hans-Böckler-Stiftung